

Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Staatspolitische Kommission des
Ständerates
z. Hd. Herrn Alain Berset
Kommissionspräsident
Parlamentdienste
Bundeshaus
3003 Bern

7. Juni 2011

10.440 s Pa.IV. Verbesserungen der Organisation und der Verfahren des Parlamentes (Verfahren bei Standesinitiativen; Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Angelegenheit.

Die vorgeschlagene Einschränkung der Standesinitiative auf die Form eines Vorentwurfs zu einem Erlass bzw. einer Erlassänderung lehnen wir ab. Die Möglichkeit, eine Standesinitiative in Form der allgemeinen Anregung einzureichen, ist beizubehalten. Die Änderungen im Verfahren bei parlamentarischen Initiativen müssen nicht zwingend auch für die Behandlung von Standesinitiativen übernommen werden. Eine Standesinitiative darf und soll durchaus noch einen gewissen Umsetzungsspielraum für den Gesetzgeber offen lassen. Anders als bei den parlamentarischen Initiativen, mit welchen die politischen Anliegen möglichst präzise und vollständig präsentiert werden sollen, genügt es bei Standesinitiativen, wenn die Zielsetzung aus Antrag und Begründung hervorgeht. Der Grundsatzentscheid, ob der Standesinitiative Folge gegeben werden soll oder nicht, kann auch ohne Vorliegen eines ausgearbeiteten Erlassentwurfes getroffen werden.

Die vorgeschlagene Einschränkung des Vernehmlassungsverfahrens lehnen wir ebenfalls ab. Als Kanton möchten wir selbst entscheiden, ob wir von einer Änderung betroffen sind oder nicht. Den Erwägungen der KdK schliessen wir uns vollumfänglich an.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Christian Wanner
Landammann

sig. Andreas Eng
Staatsschreiber

Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*